

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 44 (1950)
Heft: 4

Artikel: Weltrundschau : wollen wir weiterleben? ; Bankerotte [i.e. Bankrotte] Staatskunst ; Der Kern der Frage ; "Totale Diplomatie" ; Und Europa?
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-139372>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wollen wir weiterleben! Vor ein paar Wochen ging die Meldung durch die Presse, der amerikanische Kriegsminister Johnson – also ein Mann, der es wissen muß – habe in einer Rede in Chicago enthüllt, daß die Vereinigten Staaten «neue, furchtbare Kriegswaffen entwickeln», die die gegenwärtigen Waffen rasch veralten lassen würden. «So wie Präsident Truman den Befehl erteilte, mit der Produktion der Wasserstoffbombe vorwärtszumachen, so beschäftigen wir uns gleich eifrig mit den Möglichkeiten, die sich auf biologischem, chemischem und radiologischem Gebiet eröffnen.» Die neuartigen Waffen, so fügte Johnson hinzu, stünden ohne jedes Beispiel da und ließen auch die allmodernsten Tanks, Geschütze und Flugzeuge altmodisch erscheinen.

Wenn wir ein wirklich waches Geschlecht wären, so hätte diese Eröffnung uns alle zutiefst aufwühlen und zu entschlossenstem Handeln antreiben müssen. Die Friedensbewegung hätte einen neuen, letzten Anstoß empfangen müssen, der sich rasch durch alle Länder fortgepflanzt und die Regierungen schließlich gezwungen hätte, statt mit der Herstellung von Atombomben und Todesbakterien «vorwärtszumachen», die radikale Abrüstung an die Hand zu nehmen und eine Völkerordnung zu schaffen, die den Krieg für alle Zeiten unmöglich macht.

Wir wissen, daß nichts von all dem geschehen ist. Die meisten Zeitungsleser und Radiohörer haben die Ankündigung des amerikanischen Kriegsministers hingenommen wie irgendeine gleichgültige Dutzendmeldung, die sie nichts weiter anging; ihr Interesse wurde durch sie ganz sicher viel weniger erregt als durch die Berichte vom letzten Eishockeymatch oder über den neuesten Sensationsprozeß. So sehr haben sträfliche Gedankenlosigkeit und todbringende Schläfrigkeit bereits Besitz von den Seelen genommen! So wenig bedenkt man, daß, wenn die Amerikaner ihre neue, beispiellose Vernichtungswaffe entwickeln, die Russen im Wettlauf nach den wirksamsten Massenmordwerkzeugen selbstverständlich auch nicht zurückbleiben werden, und daß sich so aus Rüstung und Gegenrüstung mit unerbittlicher Gesetzmäßigkeit eine weltweite Explosion ergeben muß, die vielleicht nicht Amerika, vielleicht auch nicht die Sowjetunion, gewiß aber Westeuropa rettungslos zerstören wird. Man läßt in stumpfem Fatalismus die Dinge einfach treiben, wohin sie wollen – ein Ende mit Schrecken sei immer noch besser als ein Schrecken ohne Ende (nämlich die Herrschaft des Kommunismus), hört man heute sogar gewisse «Pazifisten» sagen –, oder man lügt sich womöglich noch vor, es sei alles gar nicht so böse, man könne ganz gut Rüstungen und Frieden haben, ja man sei vor Krieg, Kommunismus und Zerstörung um so besser

gesichert, je mehr man durch höchstgesteigerte Rüstungen den möglichen Angreifer einschüchtern könne.

Und doch muß man sich immer wieder unerbittlich klarmachen, daß die wirkliche Wahl für die Völker einzig noch zwischen sicherem Krieg und totaler Entwaffnung steht, daß also die Westmächte den Boden für eine Abrüstungsverständigung mit der Sowjetunion einfach finden müssen, wenn unsere Welt überhaupt weiterleben soll. Ebenso klar sollte sein, daß der vielgerühmte Baruchplan einen solchen Boden nicht mehr darstellen kann und niemals darstellen konnte, weil er auf der Voraussetzung beruhte, daß Amerika auf eine längere Reihe von Jahren hinaus das Monopol der Atombombe habe, und die Annahme in sich schloß, daß Amerika diese Überlegenheit ausnützen könne, um die Sowjetunion zur Unterwerfung unter diejenigen Formen der Atomkraftkontrolle zu zwingen, die seinem – Amerikas – Macht- und Wirtschaftsinteresse entsprächen. Die Herstellung der Atombombe auch in Rußland hat diese Spekulation endgültig über den Haufen geworfen, und weder die Wasserstoffbombe noch sonst eine amerikanische Geheimwaffe wird daran das geringste mehr zu ändern vermögen. Wenn es jetzt überhaupt noch einen west-östlichen Abrüstungsvertrag geben soll, dann kann er nurmehr als Ergebnis von Verhandlungen zwischen Gleichen und im Geiste der Gleichheit zustande kommen – nicht anders.

Bankerotte Staatskunst «Utopie! Kindereil!», werden uns die angeblichen Realisten und die Zyniker aller Schulen, die religiösen wie die weltlichen, entgegenrufen. «Mit den Sowjetmachthabern vertrauensvoll reden und verhandeln zu wollen, wäre unverantwortlicher, selbstmörderischer Leichtsin. Die einzige Sprache, die diese Leute verstehen, ist die der Gewalt. Das Ziel des Sowjetkommunismus ist und bleibt nun eben einmal die Weltherrschaft und das Mittel dazu in letzter Linie die blutige Revolution und der Krieg. Jede Verständigung mit ihm, insbesondere über eine militärische Abrüstung, wäre höchstens ein Waffenstillstand, den Moskau in dem ihm günstig scheinenden Augenblick brechen würde, um mit desto besserer Erfolgsaussicht den Westen zu überfallen. Nur die ständige Bedrohung der Sowjetunion mit Krieg wird, in Verbindung mit andern Maßnahmen, die weitere Ausbreitung des Kommunismus über die Erde verhindern.»

Wenn das wahr ist, gibt es freilich für den Westen nur eins: Rüsten, nochmals rüsten, immer weiter rüsten, mit der wachsenden Gewißheit, daß dies den Krieg nicht fernhalten, sondern erst recht herbeiführen wird. Und das hieße nicht nur immer wirksamere Massenvernichtungswaffen bereitstellen; es hieße, sofern man überhaupt konsequent sein will, mehr und mehr auch das bürgerliche Leben der westlichen Völker auf die Abwehr russischer Atombombenangriffe ausrichten – mit Luftschutz im Riesenstil, Umsiedlung der Bevölkerung, Streuung der Industrie usw. –, hieße mehr und mehr die Sozialreform den «Notwendig-

keiten» der Landesverteidigung opfern, mehr und mehr die persönlichen und politischen Freiheiten zugunsten der Diktatur des Militärstaates einschränken, mehr und mehr das ganze Denken der Menschen militarisieren und verrohen. Wobei die Versuchung immer stärker werden müßte, diesem Wahnsinn durch die *gewollte* Kriegsauslösung ein Ende zu machen und dadurch gleichzeitig dem Angriff des «Feindes» zuvorzukommen.

Aber es ist ja gar nicht wahr, daß die russische Außenpolitik zuletzt auf die gewaltsame Unterwerfung der Welt unter den Kommunismus ausgehe. Es ist vielmehr die alte Lüge, die durch die ganze Haltung der Sowjetunion mindestens seit 1925, dem Jahr der großen Wendung zur Politik der «*Revolution in einem Lande*», widerlegt ist. Die auswärtige Politik des Kremls war bis zum zweiten Weltkrieg völlig durch den Willen beherrscht, den inneren Auf- und Ausbau der Sowjetunion gegen Störung und Zerstörung durch fremde Mächte zu sichern, und seitdem ist nichts geschehen, was sie von diesem Ziel hätte abbringen können, aber sehr viel, was sie in dessen Verfolgung bestärken mußte. Die Voraussagen, daß die Rote Armee «in Bälde» einen Gewaltschlag gegen den Westen führen werde – sei es gegen Finnland, sei es gegen Jugoslawien, gegen Wien, gegen Berlin oder gegen Westdeutschland –, haben sich denn auch regelmäßig als falsch erwiesen und werden sich auch fernerhin als falsch erwiesen. Was Stalins Richtschnur schon in den zwanziger und dreißiger Jahren war, daß es nämlich der helle Wahnsinn wäre, die Substanz des «*Sozialismus in einem Lande*» dem Schatten der gewaltsamen Revolutionierung und Beherrschung der Welt zu opfern, ist auch heute noch der Grundsatz der russischen Außenpolitik, die alles andere als eine Abenteuerpolitik im Stile Hitlers – oder, wenn man will, Napoleons – ist, wenn auch an die Stelle des «*Sozialismus in einem Lande*» inzwischen mehr und mehr die Politik des «*Sozialismus in einer Zone*» getreten ist.

Es ist – um das wenigste zu sagen – widerliche Selbstgerechtigkeit, die eine Verständigung mit den Führern der Sowjetunion deshalb ablehnt, weil ja doch von «diesen Leuten» *grundsätzlich* nichts Gutes zu erwarten sei. Raymond Swing, ein amerikanischer Vorkämpfer des Weltföderalismus, sagt es in «The Nation» ausgezeichnet:

«Es ist eines der beklagenswerten Ergebnisse des Kalten Krieges, daß er uns verleitet hat, unsere eigene Propaganda gedankenlos anzunehmen. Wir selbst sind durch den Kalten Krieg soviel anders geworden, daß man uns kaum wiedererkennt, sind wir jetzt doch beispielsweise eine übermilitärische Nation, die mit krankhafter Besessenheit auf politische Gleichschaltung erpicht ist. Ähnlich hat sich auch die Sowjetunion durch den Kalten Krieg verändert, wennschon sich diejenigen, die sich mit der Kaltkriegspropaganda abfüttern lassen, unmöglich vorstellen können, daß, was wir sehen, nicht das Rußland ist, das sein könnte. Was Rußland oder die Vereinigten Staaten wahrscheinlich wären in einer Welt der Sicherheit, in der es Schluß ist mit der militärischen Machtkonkurrenz, das kann man sich wirklich nur mit Wohlgefallen ausdenken. Aber wenn die Amerikaner warten wollen, daß die Russen die Weltatmosphäre für sie reinigen, werden sie vergebens warten . . . Wollen nicht lieber sie selbst ihr Verlangen

nach einer Welt des Rechtes klarmachen und erst dann ausziehen, um andere Völker zu bekehren? Es geht wirklich nicht anders. Mit mürrischen diplomatischen Gebärden ist da nichts zu machen, auch nicht mit scharfen Maßnahmen zur ‚Eindämmung‘ des Kommunismus oder gar, weiß der Himmel, mit der Ankündigung, daß man auf der Suche nach einem Sprengstoff sei, der ganz Moskau blühtartig auszutilgen vermöge. All das zeigt nur an, wie vollständig die Staatskunst Bankerott gemacht hat.»

Welch vorbildliche moralische Haltung! Und auch welche Zurechtweisung der «Staatskunst» eines Acheson, der – als der typische Geschäftsadvokat, der er auch als amerikanischer Außenminister geblieben ist – kürzlich einen Katalog von Forderungen verfaßt hat, die die Russen zuerst erfüllen müßten, wenn ein friedliches Zusammenleben mit ihnen möglich sein solle – Forderungen, die so einseitig formuliert sind, daß sie auf gar nichts anderes hinauslaufen als auf die glatte Kapitulation der Sowjetunion vor der Wasserstoffbombe der Vereinigten Staaten.

Der Kern der Frage Denn das bleibt ja nun doch endgültig ausgemacht: Es kann nur eine wirkliche *Verständigung* zwischen Ost und West sein, worauf der Weltfrieden aufzubauen ist, nicht ein Diktat der einen oder der andern Seite. Wir lehnen einen «russischen Frieden» durchaus ab; ebensowenig wollen wir aber von einem «amerikanischen Frieden» wissen. Auch Amerika wird von seinem selbstgezimmernten moralischen Postament herabsteigen und seine ganze Haltung gegenüber Rußland ändern müssen; ja, wir sind überzeugt, daß seine Umkehr, die nötigenfalls von den Völkern Westeuropas erzwungen werden muß, sogar die entscheidende Bedingung für die Bannung der Kriegsgefahr darstellt. Denn das Wirtschafts- und Sozialregime, das in Amerika heute seine stärkste Stütze hat, ist ja auch in Friedenszeiten tatsächlich nur ein latenter Kriegszustand, dessen periodische Ablösung durch den offenen Krieg seinen wahren Charakter vollends klar enthüllt. Der Kommunismus aber ist im Grunde nichts als die falsch gelenkte Gegenbewegung gegen diesen ganzen Zustand, die ihre Kraft genau in dem Maße verlieren wird, da die Welt über den Kapitalismus in jeglicher Gestalt und über sein letztes Stadium, den Imperialismus, hinauskommt. Und das ist nun wirklich der Kern der ganzen Frage: Sind die westlichen Nationen bereit und imstande, ihren Kapitalismus und Imperialismus zu überwinden, der nach dem ersten und dem zweiten Weltkrieg nun auch eine dritte, noch grauenhaftere Menschheitskatastrophe herbeizuführen droht? Wird der Widerstand der Völker gegen diese Drohung stark genug werden, um auch die sozialen Ursachen der heutigen Weltunordnung auszurotten, deren Folgen sich im blutigen Krieg jeweils am furchtbarsten offenbaren? Wird ihr Druck so unwiderstehlich werden, daß er die Regierungen der Westmächte zwingt, dem West-Ost-Konflikt eine Lösung zu geben, die nicht auf dem Versuch beruht, den Kommunismus mit Gewalt zu liquidieren?

So steht tatsächlich die Frage. Und nur wenn wir von *hier* aus die Antwort suchen, werden wir hoffen dürfen, aus der heillosen Wirrnis herauszukommen, in die uns eine verlogene, von materiellem Interesse und blinder Leidenschaft eingegebene Propaganda hineingeführt hat. Johannes Steel hat vollkommen recht, wenn er im Februarheft seines «Report on World Affairs» («Bericht über die Weltangelegenheiten», Neuyork) sagt:

«Der einfache Sachverhalt ist, daß es keine Krise an sich in den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion gibt. Es gibt nur eine Krise des westlichen Imperialismus. Die westliche Welt steht in der Krise, und das erst schafft die Probleme, die den Weltfrieden bedrohen. Die entscheidenden Probleme zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion kommen aus unserer Unfähigkeit, die Krise in der westlichen Welt zu lösen. Der amerikanische Versuch, sie auf die herkömmliche imperialistische Art des 19. Jahrhunderts zu lösen, ist die Hauptursache der gegenwärtigen internationalen Spannung.»

Ähnliches gelte, so bemerkt Steel weiter, von den amerikahörigen Staaten Westeuropas:

«In der Vergangenheit bauten die Volkswirtschaften Englands, Frankreichs, Belgiens, Hollands usw. ihren Wohlstand auf ihren Kolonialreichen auf. Auch heute noch bilden die Kolonialvölker die Untertanenschicht der kapitalistischen Demokratien Europas... Das setzte früher und heute noch die europäischen Kolonialmächte in den Stand, im eigenen Land verhältnismäßig gute Löhne zu bezahlen. Die unternormale Existenz von 15 Indonesiern zum Beispiel ermöglichte es, einem holländischen Arbeiter einen verhältnismäßig hohen Lohn zu zahlen. Afrika und Indochina taten das gleiche für Frankreich, der Kongo für Belgien, das Britische Reich für den englischen Arbeiter. (Und alle diese Kolonialreiche mit ihren Mutterländern taten und tun es für die schweizerische Industrie, die sich nur auf diesem Boden so gedeihlich entfalten konnte. H. K.)

Heute aber verweigern die Kolonialvölker dem Westen die Beherrschung ihrer wirtschaftlichen Geschicke. Die Kolonialvölker wollen und können ihre Rohstoffe zu höheren Preisen verkaufen, als der Westen zu zahlen bereit ist. Sie weigern sich, Mehrwert für die Müßiggängerklasse zu erzeugen. Sie wollen ihre Wirtschaft selber leiten. Für ihre Ausfuhr wollen sie Kapitalgüter eintauschen; sie haben genug von dem bunten Krimschram der Luxusartikel. Fort mit Kattun und Glasperlen; her dafür mit Traktoren und Werkzeugmaschinen, Stahlwerken und Flugzeugen... Sie wollen den Mehrwert, den sie schaffen, unter sich selbst und die europäischen Arbeiter verteilen, statt ihn bei den Monopolisten sich aufhäufen zu lassen. Das würde höheren Lohn und eine höhere Lebenshaltung im Osten wie im Westen sichern. Gerade das aber lehnen die Kolonialmächte ab. Und der amerikanische Finanzimperialismus wird zur Verteidigung der alten Vorrechte der Kolonialmächte aufgeboten. Das ist der wahre Sachverhalt, den Mr. Acheson einfach nicht zur Kenntnis nehmen will.»

«Totale Diplomatie» Die Folgen bekommt das Volk der Vereinigten Staaten immer deutlicher zu spüren. Noch sieht es nicht klar, wie die Dinge in Wahrheit stehen. Aber es fühlt doch schon dunkel, daß im Getriebe der amerikanischen Weltpolitik etwas nicht in Ordnung ist. Ein unbestimmtes Mißbehagen hat sich weitester Bevölkerungskreise bemächtigt. Man ist bedrückt durch die teilweise katastrophalen Rückschläge, welche die Außenpolitik der Regierung Truman erlitten hat und weiter zu erleiden droht: in China, in

Indochina, in Griechenland, in Deutschland usw. Man ist verstimmt über die vielerlei Schwierigkeiten, auf die Amerika im Verkehr mit seinen eigenen Verbündeten stößt. Man ist mißtrauisch gegenüber den Segnungen des Marshallplanes und des Atlantikpaktes geworden. Man fragt sich, welchen Sinn das ganze Wettrüsten angesichts der russischen Atombombe noch haben könne. «Die Regierung», so klagt selbst ein Walter Lippmann, «hat seit mehr als einem Jahr keine neuen, interessanten und aufbauenden Gedanken mehr hervorgebracht, welche die Vorstellungskraft des Volkes anfeuern würden . . . Wir haben die Fühlung mit den Völkern der Welt, mit ihren Ängsten, ihren Hoffnungen, ihren Bedürfnissen und ihrem hartnäckigen Lebenswillen verloren.»

Statt aber die Ursache dieses unbefriedigenden Zustandes in dem verfehlten Bemühen zu finden, den erschütterten Bau der westlichen Gesellschaftsordnung mit den alten kapitalistischen und militärischen Mitteln zu stützen, entdeckt man, daß daran umgekehrt – der Mangel an rücksichtslosem, draufgängerischem Antikommunismus schuld sei, an dem die gegenwärtige Regierung krankt! Eine Schmutzflut von Verdächtigungen, Beschimpfungen und Verleumdungen hat sich in den letzten Wochen insbesondere über die Beamten und Berater des Außenministeriums ergossen, zum Teil gewiß aus rein parteipolitischen Berechnungen – im Herbst sind wieder Wahlen, und die Republikaner, in deren Reihen die wildesten Kommunistenjäger sitzen, hoffen dabei mit der Anschwärzung der regierenden Demokraten auf billigste Art Geschäfte machen zu können –, aber sicher auch als Ausdruck der im ganzen Volke grassierenden Angst vor einem kommunistischen Umsturz und einem damit kombinierten russischen Bombenangriff. Die Regierung wird damit zum Opfer einer fixen Idee, deren beständige Nahrung sie sich in den letzten paar Jahren selber mit größtem Eifer hat angelegen sein lassen. Die sie rief, die Geister, wird sie nun nicht los. Und das Schlimmste ist, daß sie, statt sich endlich tapfer von einem als verkehrt erwiesenen Weg abzuwenden, unter dem Einfluß der neuen antikommunistischen Propaganda sich nun erst recht auf dessen konsequente Fortsetzung versteift*. Offenbar als vorläufigen Ersatz für den totalen Krieg, der auf diesem Weg allerdings fast unvermeidlich wird, verkündet Staatssekretär Acheson jetzt die «totale Diplomatie», das heißt die Mobilisierung aller politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kräfte der nichtkommunistischen Welt zur Eindämmung des angeblich immer weiter vordringenden «russischen

* Die Opposition gegen diesen Kurs ist zwar im amerikanischen Volk sicher nicht gering, aber sie ist erstaunlich schwach organisiert und darum gänzlich handlungsunfähig. Auch Henry Wallaces Fortschrittspartei ist innerlich gelähmt. Wallace selber hat sich an ihrem jüngsten Kongreß in Chicago dem Kommunismus gegenüber ebenso deutlich abgegrenzt wie gegenüber dem herrschenden Antikommunismus. Aber ein großer Teil der Parteimitglieder scheint einseitig prokommunistisch zu sein und keinerlei Kritik an der Sowjetpolitik zu ertragen. Damit kommt man natürlich auch nicht über den Kalten Krieg hinaus. Man begünstigt ihn nur von der andern Seite her.

Imperialismus». Wie dieser arbeite, so erläutert Acheson, sehe man ja an China:

«Die Kommunisten bekamen China mit lächerlich geringen Kosten in die Hand. Sie brauchten nur ein paar chinesische Führer, die mit dem Gang der Dinge in ihrem Land unzufrieden waren, nach Moskau einzuladen. Dort paulten sie dann diese Leute so gründlich ein, daß sie nach China zurückkehrten, bereit, zu jedem Mittel zu greifen, um die kommunistische Herrschaft aufzurichten. Sie wurden dem Moskauer Regime vollkommen untertänig.»

So einfach war das. Lassen wir uns dieser verblüffenden Geschichtsbetrachtung gegenüber von einem Manne, der dabei war, sagen, wie es in China wirklich zuging. Jean-Jacques Brieux berichtet im «Esprit» (Februar 1950) unter anderem:

«... Der chinesische Bürgerkrieg ist nicht der Kampf zweier Sippen; er ist der Kampf der 85 Prozent, die ihren täglichen Reispapf und ihre Menschenwürde gesichert sehen wollen, gegen die 15 Prozent, die auf Kosten der ersten leben... In China geht in diesem Augenblick der riesenhafteste Klassenkampf zu Ende, den die Welt gesehen hat, derjenige der Nichtbesitzenden gegen die Besitzenden. Ein Kampf, der sich heute nur in China abspielt, der aber morgen die ganze Welt erfassen kann, wenn man sich weigert, die Dinge zu sehen, wie sie sind... In diesem Asien gibt es etliche ein-tausendfünfhundert Millionen herkömmlicherweise ausgebeuteter Menschen, die in einem Elends- und Knechtszustand dahinleben – oder ihn vielmehr überlebt haben –, wie ihn bei uns nicht einmal die Tiere kennen... Und da wundert man sich, daß sie (die Besitzlosen) sich dem Kommunismus hingeben! Aber eben, für sie ist der Kommunismus keine abstrakte Theorie; er ist ihre einzige Hoffnung. Der Westen, Europa ebenso wie Amerika, hat ihnen keine Rettungsplanke zu reichen gewußt; von ihm haben sie immer nur Ausbeutung erfahren... Was wird aus diesem Kommunismus in Asien weiter werden? Niemand weiß es. Eins aber ist sicher: daß durch ihn oder mit ihm Millionen von Menschen in Asien im Begriffe stehen, die Schwelle des Hungers, der Unsicherheit, der Verkommenheit zu überschreiten, um ihr Schicksal als Menschen in die Hand zu nehmen.»

Was tut inzwischen Amerika? Es weigert sich stur, die kommunistische Regierung Chinas anzuerkennen und ihr Sitz und Stimme im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zuzubilligen. Es unterstützt dafür freigebig den Abenteurer Tschiang Kai-shek, der von Formosa aus mit amerikanischen Flugzeugen amerikanische Bomben mutwillig auf dichtbevölkerte Chinesenstädte abwerfen läßt und auch sonst alles tut, um die Vereinigten Staaten in einen Krieg mit China und womöglich Rußland zu verwickeln. Es stellt sich in Indochina hinter den französischen Kolonialismus, der es in vier Jahren eines grausamen Krieges nicht fertiggebracht hat, die Freiheitsbewegung des Viet Minh zu ersticken, und hilft dadurch kräftig mit, auch sie der Sowjetunion in die Arme zu treiben. Es läßt durch seinen Reisebotschafter Jessup eine Abwehrfront aller reaktionären Mächte Südostasiens gegen die «kommunistische Expansion» organisieren – ein ebenso unsinniges als hoffnungsloses Unternehmen angesichts der Tatsache, daß die gleichen Geschichtskräfte, die die Revolution in China zum Siege geführt haben, auch in Indochina und Siam, Burma und Malaya am Werke sind und aller Anstrengungen

spotten, diese Länder zu amerikanischen Operationsbasen gegen die chinesische Volksrepublik und die Sowjetunion auszubauen, wie das – vorläufig – in Japan möglich ist.

Mögen auch Australien und Neuseeland mit ihren neuen konservativen Regierungen mehr und mehr auf die amerikanische Kampflinie einschwenken – sicherlich wird Indien es nicht tun, zumal es in den letzten Monaten aufs neue von schweren Ausbrüchen des Religions- und Stammeshasses heimgesucht worden ist. Der wiederaufgeflamnte Konflikt zwischen Pakistan und der Indischen Republik – man redete bereits von Krieg – scheint zwar für den Augenblick seine größte Gefährlichkeit verloren zu haben, nicht zuletzt dank direkten Verhandlungen zwischen Liaquat Ali Khan und Pandit Nehru, den Ministerpräsidenten der beiden Dominien; es ist aber ganz unverkennbar, daß er zu solcher Bedrohlichkeit nur auf dem Boden der furchtbaren Notlage des einfachen Bauern- und Arbeitervolkes heranwachsen konnte, von der die Herrschenden in beiden Ländern die leicht erregbaren Massen immer wieder auf religiöse und rassische Scheinfragen abzulenken verstehen. Das wirkliche Problem auch für Indien bleibt darum durchaus die soziale Frage. Und solange sie nicht auf demokratische Weise gelöst wird, hört der Kommunismus trotz allen Polizei- und Militäraktionen nicht auf, eine immerzu wachsende Anziehungskraft auf die hungernden, ausgebeuteten, ungeschulten Millionen des indischen Stadt- und Landproletariates auszuüben.

Und Europa! Die Asienpolitik der Westmächte ist gerade das Gegenteil dessen, was nötig wäre, um von der Neuordnung des Völkerverhältnisses her die Krise der westlichen Zivilisation, von der oben die Rede war, ihrer Überwindung entgegenzuführen. Mit ihrer Europapolitik steht es keineswegs besser. Alles kreist hier ja um den Gedanken, Westeuropa wirtschaftlich, politisch und militärisch zum Bollwerk, vielleicht auch zum Sturmbock gegen das kommunistische Osteuropa auszugestalten. Diesem Ziel dient insbesondere die alliierte Politik gegenüber Westdeutschland, und die Bonner Regierung macht sich denn auch diese Lage ebenso ungeniert wie erfolgreich zunutze. Es ist vor allem Bundeskanzler Adenauer, dieser verschlagene und doch plumpe Reaktionär, der den Westmächten unermüdlich einhämmert, daß es ihr eigener höchster Vorteil sei, Westdeutschland als vollberechtigtes Mitglied in die «europäische Völkerfamilie» aufzunehmen, wohl wissend, daß die Deutschen, vermöge ihrer Volkszahl und Wirtschaftskraft, ihrer «Tüchtigkeit» und ihres Ehrgeizes dann in dieser Familie unfehlbar die herrschende Stellung einnehmen würden. Mit Geschick spielt Adenauer insbesondere die russische Karte gegen die Westmächte aus, um die Unentbehrlichkeit Westdeutschlands für die Verteidigung der abendländischen Kultur und Demokratie zu beweisen. Und er hat denn auch

tatsächlich die Genugtuung, feststellen zu dürfen, daß die alliierten Staatsmänner und Politiker, eingeschlossen Churchill und de Gaulle, seinen Schlußfolgerungen grundsätzlich völlig zustimmen. Die Hemmungen, die im französischen und auch im englischen Volke gegenüber einer offenen Verbündung mit dem Feind von gestern immer noch bestehen, werden mit der Zeit, wenn nicht fallen, so doch sicher unwirksam gemacht werden, hat doch die westdeutsche Politik unbedingt die Logik und die Konsequenz für sich, sobald man einmal ihre Voraussetzung – die Notwendigkeit eines aktiven Antikommunismus – angenommen hat. Das gilt namentlich auch für die militärische Wiederaufrüstung Westdeutschlands, die auf diesem Boden schlechterdings unausweichlich wird, so daß die «Neue Zürcher Zeitung» (Nr. 688) befriedigt feststellen darf, die Meinungsverschiedenheiten im alliierten Lager über die deutsche Frage seien keineswegs fundamentaler Natur, und man sei sich allseits darüber klar, «daß das allgemein anerkannte Ziel der Einordnung Deutschlands in die europäische Gemeinschaft und in das weitere Staatensystem des Westens mit der Pflicht zur Verteidigung der Bundesrepublik verbunden ist, und daß zur Lösung dieser Aufgabe früher oder später die aktive Mitwirkung der Deutschen notwendig werden wird».

Wohin der von den Westmächten gesteuerte Kurs schließlich führen muß, kann freilich niemandem verborgen bleiben. Der «New Statesman» (4. April) warnt eindrücklich:

«Die meisten Leute werden heute zugeben, daß, deutsche Armee hin oder her, die westeuropäische Demokratie ein Atombombardement oder die Verheerungen einer russischen Besetzung schwerlich überleben würde. Ebenso wahr, aber nicht so allgemein gewürdigt ist es, daß Westeuropa die dauernde Teilung Deutschlands nicht überleben kann, die die Wiederaufrüstung Westdeutschlands in sich schließt... Auf die Länge sind Westdeutschland wie die Westunion funktionsunfähige Wirtschaftseinheiten, auch wenn nach 1952 die Marshallhilfe durch andere Formen amerikanischer Unterstützung ersetzt wird. Beides sind elende Notbehelfe, die uns durch die Erfordernisse des Kalten Krieges aufgezwungen worden sind. Sie zur Grundlage unserer Politik zu machen, heißt uns vor die Wahl stellen, entweder den wirtschaftlichen Zusammenbruch oder aber den offenen Krieg anzunehmen.

... Die Amerikaner mögen einen Atomkrieg überleben – wir können es nicht. Sie mögen trotz dauernder Teilung Europas gedeihen – unsere Aussichten sind dann mager. Und schließlich kommt die Auffassung, man müsse zuerst Deutschland wieder aufrüsten und könne erst dann eine Regelung mit Rußland erstreben, auf das Verlangen einer bedingungslosen Kapitulation (Rußlands) hinaus. Man kann das vielleicht als eine Politik ansehen, die mit den amerikanischen Interessen vereinbar ist. Mit den Interessen Frankreichs oder Englands ist sie nicht vereinbar. Unsere Weiterexistenz hängt heute, wie es schon 1945 der Fall war, von der Neutralisierung und dauernden Entwaffnung eines vereinigten Deutschlands ab, die in einem von den vier Mächten unterzeichneten Friedensvertrag festzulegen ist, so wie unsere militärische Weiterexistenz von einem Vertrag abhängt, der die Verwendung von Massenvernichtungswaffen verbietet.»

Mittlerweile scheint aber das Unheil seinen von keiner Seite ernstlich gehemmten Lauf zu nehmen. Auch in Frankreich, das ja immer eindeutiger von den reaktionär-kapitalistischen Kräften beherrscht wird und

darum dem europafeindlichen amerikanischen Einfluß keinerlei wirksamen Widerstand entgegenzusetzen vermag. Seine Wirtschaftspolitik wird völlig von den großen Besitzinteressen bestimmt; das industrielle Unternehmertum hat es sich bequem leisten können, die Lohnforderungen der schwer unter der Teuerung leidenden Arbeiter abzulehnen und auch die sanften Mahnungen der Regierung zum Entgegenkommen wenigstens an die schlechtestentlohnten Arbeitergruppen in den Wind zu schlagen. Gleichzeitig vollzieht sich eine bemerkenswerte Annäherung der «klassischen» Rechten an die Bewegung de Gaulles, die so immer mehr zum Sammelbecken aller gegenrevolutionären Kräfte wird und ungeduldig auf vorzeitige Neuwahlen drängt, um dann gestützt auf den «Volkswillen» endlich die Macht zu ergreifen. Mit dem Deutschland Adenauers würde sich ein solches de-Gaulle-Frankreich ohne allzu große Mühe verständigen. Und ein von Churchill inspiriertes England gäbe mit Freuden seinen Segen zu dieser Verbindung*.

Daß sich einem dergestalt organisierten Westeuropa auch ein von Leopold III. vertretenes Belgien ausgezeichnet einfügen würde, leuchtet ohne weiteres ein. Der nach Kriegsende, als der Geist der Widerstandsbewegung noch lebendig war, seines Amtes vorläufig enthobene König hat zwar bei der Volksbefragung vom 12. März nur eine knappe Stimmenmehrheit (nicht ganz 58 Prozent) erlangt. Trotzdem will er nun mit Hilfe der Christlichsozialen, der ehemaligen Kollaboratoren aller Grade und des besitzenden Großbürgertums mit aller Gewalt die Rückkehr auf einen Thron erzwingen, auf dem er nur gegen den Mehrheitswillen des welschen Landesteils und den Widerstand der organisierten Arbeiterschaft regieren könnte. Aber das scheint diesem seltsamen Monarchen nichts auszumachen. Er ist offenbar entschlossen, aus der rückläufigen Zeitströmung soviel Vorteil zu ziehen, als nur irgendwie möglich ist, ohne

* Es geziemt sich, in diesem Zusammenhang auch zweier hervorragender Toter zu gedenken, die Frankreich beklagt. (Über den dritten, den Größten unter ihnen, findet der Leser einen besonderen Aufsatz an anderer Stelle dieses Heftes.) Léon Blum, der bedeutendste Kopf der französischen Sozialisten, war eine zwiespältige Natur. Hochbegabt und sehr kultivierten Geistes, ermangelte er doch der Verwurzelung in einer tiefer begründeten Lebens- und Weltanschauung. (In seinen jüngeren Jahren vertrat er ausgesprochen libertinistische Ideen.) Sein Sozialismus blieb darum ein ziemlich seichter Humanismus und Demokratismus, dem alle echte Verwirklichungskraft versagt war. Blums große Gelegenheit war die Volksfrontbewegung der dreißiger Jahre. Aber was er als Ministerpräsident der damaligen Linksregierung erstrebte und erreichte, war einesteils viel zu zaghaft und «reformistisch», um die fällige gründliche Neugestaltung von Frankreichs Staats- und Wirtschaftsordnung einleiten zu können, und andererseits doch schon fortschrittlich und bedrohlich genug, um den erschreckten Widerstand der Besitzinteressen herauszufordern, dem die Volksfront dann so ruhmlos erlegen ist. Blums Außenpolitik aber ist vor allem durch ihre Mitverantwortung für die verhängnisvolle Nichtintervention im spanischen Krieg gekennzeichnet und daneben durch jene schwächliche Nachgiebigkeit gegenüber dem Faschismus und Nazismus ganz allgemein, die ein paar Jahre später, unter den Nachfolgern des Volksfrontregimes, zu München und zum zweiten Weltkrieg führen sollte. (Daß Blum, wie jetzt bekannt wird, erhebliche «Verdienste» auch um die Wiederherstellung der sogenannten integralen Neutralität

sich über den Fortgang seines landesschädlichen Abenteuers schwere Gedanken zu machen. Nach uns die Sintflut!

Das ist anscheinend auch die Losung des Regimes de Gasperi in Italien. Von einer Wiederbelebung der arg daniederliegenden Wirtschaft des industriellen Nordens kann unter seiner Leitung trotz allen «Erfolgen» der Liberalisierungspolitik keine Rede sein. Im Süden aber sind die neuen Landbesetzungen – «die letzte Gebärde der Selbstwehr eines hungernden Volkes», wie man sie genannt hat – durch das Eingreifen der Staatsgewalt zum Stillstand gebracht worden, während sich die versprochene Bodenreform von oben immer eindeutiger als reines Täuschungsmanöver erweist. Die einzige Antwort, die die Regierung – sie ist wirklich nur der geschäftsführende Ausschuß der feudal-klerikal-kapitalistischen Oberklasse – dem rebellierenden Proletariat zu geben hat, sind neue Staatsschutzgesetze und eine Verstärkung des ohnehin schon übermäßig aufgeblähten Polizeiapparates. Das Gericht über diesen Frevel mag zögern – kommen wird es ganz sicher.

Es wird auch Griechenland nicht verschonen. Was man von vornherein erwarten mußte, ist hier nur zu rasch eingetreten: der Wahlerfolg der – sehr, sehr gemäßigten – Linken wird von den in Staat und Wirtschaft *tatsächlich* herrschenden Kreisen – Hof, Generalstab, Kaufmannschaft und Grundbesitzer – ignoriert und nach allen Regeln der Kunst sabotiert. Dank der Rechtsschwenkung der korrumpten «Liberalen» ist jetzt eine Regierung in Bildung begriffen, in der wieder die alten Reaktionäre um Tsaldaris die Drähte ziehen werden, wenn nicht gar die offene Diktatur im Anzug ist, von der sich alle «staatserhaltenden» Elemente die sicherste Abwehr aller politischen und sozialen Reformen versprechen. Ob die Amerikaner, die bereits mit Einstellung der Marshallhilfe drohen, diese Entwicklung wirklich noch verhindern können, nach-

der Schweiz, also um ihre vollkommene Isolierung gegenüber der deutschen Gefahr, hatte, paßt ganz zu diesem Bild.) Die tapfere Haltung Léon Blums gegenüber Vichy und dem Hitlertum während des Krieges in allen Ehren; sie kann uns trotzdem nicht vergessen machen, was er vorher gesündigt und was er nachher dazu beigetragen hat, daß die französische Sozialdemokratie immer hoffnungsloserer Zersetzung und Entkräftung verfallen ist.

Emanuel Mounier, der Ende März so bestürzend jäh dahingegangen ist, war von ganz anderer Art als Léon Blum. Er gründete in einem lebendigen, selbständigen, fruchtbaren katholischen Glauben und entwickelte von hier aus jenen sozialistisch orientierten «Personalismus», der ihn ganz in die Nähe des religiösen Sozialismus brachte, wie wir ihn verstehen. Im «Esprit» schuf Mounier, dessen unerhörten geistigen Reichtum und feine Formenkultur man immer aufs neue bewundern mußte, sich und seinem Freundeskreis ein Ausdrucksorgan, das besonders nach dem Krieg zu einer der besten und größten Zeitschriften Westeuropas heranwuchs. Man fand darin immer auch jene so seltene Verbindung von freiheitlicher Gesinnung und sozialistischem Willen, die dem landläufigen bürgerlichen und sozialdemokratischen Antikommunismus tapferen Widerstand leistet und sich doch gegenüber aller kommunistischen Unduldsamkeit und Geistestyrannie völlige Unabhängigkeit des Urteils bewahrt. Möge diese Denkart auch fernerhin im «Esprit» eine gesicherte Heimstätte haben!

dem sie, zusammen mit den Engländern, seit fünf Jahren alles getan haben, um sie zu fördern, bleibt abzuwarten*.

Der Gesamtstand der demokratischen und sozialistischen Bewegung in Westeuropa erscheint so alles andere eher als erfreulich. Auch auf England kann man ja nur mit Sorge blicken. Die Labourregierung steht seit den Wahlen parlamentarisch auf denkbar unsicheren Füßen und kann jeden Tag fallen. Und was das schlimmste ist: sie hat diese Lage größtenteils ihrer eigenen Schwachmütigkeit und Unentschiedenheit zuzuschreiben. Schon im Wahlkampf war die Haltung der Labourpartei viel zu sehr auf bloße Verteidigung, ja Entschuldigung eingestellt. Ihre offizielle Propaganda vermied es fast ängstlich, von Sozialisierung und Sozialismus zu reden, so daß in den schwankenden Mittelschichten vielfach der Eindruck entstand, es mache eigentlich keinen großen Unterschied, ob man konservativ oder Labour stimme. Viele Wähler dürften geradezu gefunden haben, eine konservative Regierung werde die «Fehler» der Labourpartei wieder gutmachen, während sie es kaum wagen werde, ihre segensreichen sozialen Errungenschaften anzutasten. Und jetzt scheint Leisetreten erst recht die Parole der Labourführung zu sein; «nur ja die Vorurteile des Kleinbürgertums gegen ein rotes Regime nicht noch weiter stärken, dann kommen wir am besten durch diese schwierige Zeit hindurch!»

Was aber die Außenpolitik betrifft, so besteht hier von vornherein kein grundlegender Gegensatz zwischen den beiden großen Parteien. Die Labourregierung verwaltet im großen ganzen einfach das Erbe der bürgerlichen Ära, und Churchill versäumte denn auch nicht, ihr im Unterhaus ermunternd zuzurufen: «Solange der Außenminister nach den politischen Richtlinien vorwärts marschiert, über die wir uns geeinigt haben, kann er auf eine überwältigende parlamentarische Unterstützung zählen.» Aus diesem Mund eine peinlich kompromittierende Kennzeichnung der gegenwärtigen Sachlage! Aber was will man? Weder der britische noch der übrige westeuropäische Sozialismus scheint sich klar darüber zu sein, daß eine sozialistische Innenpolitik mit einer von bürgerlich-kapitalistischem Geist eingegebenen Außenpolitik auf die Länge unmöglich zusammengeht; denn die übliche Behauptung, man könne doch ganz gut beides zusammen haben, man könne Hand in Hand mit den Vereinigten Staaten, der erklärten Vormacht des Weltkapitalismus, die antisowjetische Eindämmungs- und Aufrüstungspolitik mitmachen und gleichzeitig doch dem Kommunismus durch eine demokratisch-sozialistische Reformpolitik das Wasser abgraben, diese Behauptung erweist sich ja mehr und mehr als nicht nur gedankenlos und widersinnig, sondern auch als innerlich

* Unter amerikanischem Druck ist inzwischen die «liberale» Regierung Venizelos doch zurückgetreten und der ein paar Grade weiter links stehende General Plastiras mit der Aufstellung eines Kabinettes der Mitte betraut worden. Man wird sehen, wie weit es ihm gelingt, eine wirkliche Demokratisierung Griechenlands einzuleiten. (16. April.)

völlig unwahr. Machtmäßig-militärischer Kampf gegen den Weltkommunismus und freiheitlich-demokratischer Sozialismus zu dessen friedlicher Abwehr sind zwei gänzlich entgegengesetzte Methoden, die sich grundsätzlich wie praktisch ausschließen. In dem Maße, da man auf Waffengewalt vertraut, verliert man den Glauben an die Macht der Idee, und umgekehrt zerstört der Wille zu sozialistischer Verwirklichung notwendigerweise das Vertrauen auf den Erfolg einer militärischen Druck- und Drohpolitik gegenüber den kommunistisch regierten Ländern.

Das haben die Nutznießer des bürgerlich-kapitalistischen Weltchaos, die Hauptträger des bewaffneten Machtkampfes gegen den Kommunismus, längst begriffen; sie lehnen darum nicht nur den demokratischen Sozialismus erbittert ab, sondern stützen sich ganz bewußt auf alle nur irgendwie erreichbaren reaktionären Kräfte in der Welt, um die soziale Revolution mit Waffengewalt zurückzudrängen und zu zerstören. Die Sozialisten scheinen vielfach für diesen inneren Zusammenhang der Dinge einfach blind zu sein und lassen sich deswegen, aus antikommunistischer Leidenschaft, weithin als Hilfstruppen für eine Sache benützen, deren Sieg dem Sozialismus und der Demokratie den Tod bringen müßte. Man kann eben auch hier nicht zwei Herren dienen. Auch die Bekenner des demokratischen Sozialismus und erst recht die nach sozialer Gerechtigkeit dürstenden Christen werden zwischen den beiden widerstreitenden Grundauffassungen wählen müssen, sofern sie nicht bloß Bekenner, sondern wirklich Täter des Wortes sein wollen. «Leben und Tod habe ich euch vorgelegt, Segen und Fluch; so erwähle nun das Leben, auf daß du am Leben bleibest, du und deine Nachkommen!» Das gilt auch euch, ihr vielen unentschiedenen Christen und Sozialisten! Glaubet nur nicht, ihr könntet noch lange auf beiden Seiten hinken oder, falls ihr im Innersten schon Posto gefaßt habt, euch selbst oder der Welt verbergen, wo ihr tatsächlich steht! Seid redlich mit euch selber und mit uns andern! Entscheidet euch!

11. April 1950.

Hugo Kramer.

BUCHBESPRECHUNGEN

Die Welt des Schweigens

Gedanken zu dem gleichnamigen Buch von Max Piccard

Im Eugen-Rentsch-Verlag, Zürich

Wie gut und wie notwendig war es, daß einer ein Buch über das Schweigen geschrieben, daß es Max Piccard geschrieben, dem es gegeben ist, über solch delikate, außergewöhnliche Dinge in feiner und außergewöhnlicher Weise zu schreiben.